

Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015 am 19.02.2015
CDU- Fraktion
Ulrich Monegel

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Jörder,
sehr geehrter Herr Sauer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

zum Abschluss einer nahezu halbjährigen Etat-Debatte, die kurioser Weise bereits weit vor der eigentlichen Einbringung des Etat-Entwurfs begonnen hatte, werden wir heute zum wiederholten Male einen Haushalts-Plan verabschieden, der gute Aussichten hat, von der Aufsichtsbehörde genehmigt zu werden.

Und zum wiederholten Male werden es die beiden großen Fraktionen sein, die Verantwortung übernehmen für das in Zahlen gegossene Handlungsprogramm unserer Stadt.

Und trotz des mehr als holperigen Starts mit der Lancierung von in Teilen unausgegorenen, mit der Politik noch nicht abgestimmten „Spar-Ideen“ der Verwaltung: Die im Fortgang intensive, z.T. kontroverse, letztlich aber konzentrierte politische Beratung hat mit den „großformatigen“ Etatanträgen von CDU & SPD ein Ergebnis erbracht, das für die finanzpolitische Zukunft unserer Stadt, den politischen Umgang miteinander, sicher aber auch für die möglichst reibungslose Verständigung zwischen Politik und Verwaltung und die Klarheit & Verbindlichkeit gemeinsam vereinbarter Zielstellungen für die kommenden 5 Jahre prägend sein kann.

Das ist zumindest die Erwartung der CDU-Fraktion, die diesem keineswegs gloriosen Etat-Entwurf unter definierten Bedingungen – dazu später mehr – zustimmen wird.

Nicht stilprägend werden sollte die im letzten Jahr erlebte, völlig unsystematische und an geordneten Beratungsverfahren vorbeigehende Veröffentlichung von „Spar-Ideen“, ohne dass diese auch nur ansatzweise der Politik bekannt gemacht, geschweige denn beraten waren.

So etwas sollte sich bitte nicht wiederholen. Das provoziert unproduktive Reibungen und Verunsicherungen in und mit der Stadtgesellschaft, vergeudet Kraft, lenkt ab vom Blick auf das Wesentliche und wirkt absolut unprofessionell für den gesamten Politikbetrieb.

Kein Marsch in die Haushaltssicherung!

Seit der Einführung des NKF im HH-Jahr 2006 hat die Stadt Dortmund bislang noch nie ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen müssen. Wir wollen, dass dies auch künftig so bleibt! Das war Prämisse und Zielsetzung Nr. 1 unserer Etat-Beratungen.

Die in Teilen schon skurrile „Lust am Untergang“, die u.a. von verdi-Vertretern des städtischen Personals in dieser Hinsicht verschiedentlich geäußert wurde, teilen wir ausdrücklich nicht.

Wenn wir als Politik Qualität, Attraktivität und Lebensanspruch unserer Stadt heben und entwickeln wollen, als Einkaufs- und Handelsstadt, als Stadt der Wissenschaft, des Sports, der Kultur und Musik, mit hochklassigen Erlebnisangeboten, als Stadt der Energiewende und als Stadt, die in den kommenden Jahren die sozialräumliche und wirtschaftliche Entwicklung ihrer nördlichen Stadtteile heben und angleichen will, dann können wir keinen Zustand finanzpolitischer Agonie gebrauchen, der auf die Dauer von mindestens 10 Jahren die eigenständige Handlungsfähigkeit des Rates nach Arnsberg delegiert. Der Kreditrahmen für Investitionen würde reduziert – in einigen Nachbarstädten auf 1/3 des vorherigen Niveaus.

Jede größere Investitionsmaßnahme unterläge dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht, strikte Personalreduktion, demotivierende Beförderungstopps, reduzierte Förderungsprogramme und rabiate Eingriffe in das Angebot freiwilliger Leistungen wären die Folge.

Wer Politik und Stadtentwicklung in Dortmund aktiv gestalten will, kann den Marsch in die Haushaltssicherung nicht ernsthaft in Betracht ziehen.

Abgabenlast begrenzen!

Vornehmlich aus diesem Grund haben wir einer (noch eben) maßvollen, erneuten Anhebung der Grundsteuer B zugestimmt. Klar war für uns immer: Die vorgeschlagene Anhebung von 110 v.H. wird die ohnehin bereits starke Steuer- und Abgabenbelastung der Dortmunder Bürger über Gebühr strapazieren. Zumal die jüngsten Steueranhebungen noch nicht lange zurück liegen: (2011 → 2012: Grundsteuer von 480 auf 540 v.H.; Gewerbesteuer 2012 → 2013 von 468 auf 485 v.H.).

Die nun durchgesetzte reduzierte Erhöhung entlastet die Dortmunder Bürger, Handel, Handwerk und Gewerbe um rd. 8 Mio € gegenüber dem ursprünglich vorgeschlagenen Ansatz. Wir meinen, dass Haushaltskonsolidierung zunächst energischer auf der Aufwandsseite ansetzen muss, bevor Zuwächse auf der ohnehin ansteigenden Ertragsseite gesucht werden.

In diesem Zusammenhang ist uns die Haltung der Fraktion der Grünen alles andere als nachvollziehbar. Bislang waren Sie nach aller Erfahrung alles andere als „pingelig“, wenn es um Steuererhöhungen zur Rettung des Etats ging. Ihre in den letzten Jahren einzige Zustimmung zum städtischen Etat wurde „erkauft“ mit einer 17 %-igen Anhebung der Gewerbesteuer, monetär „bezahlt“ hat das die Dortmunder Wirtschaft mit rd. 24 Mio €, politisch die SPD-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden Ernst Prüsse, der als Wirtschaftsförderungs-„Präsident“ und entschiedener Gegner dieser Operation als „Umfaller“ – unvergesslich treffend - in der Presse auf dem Rücken liegend abgebildet wurde.

Das war 2012. In diesem Jahr spielen die Grünen in Sachen Grundsteuer-Anhebung den „weißen Ritter“, den Rächer der Enterbten und postulieren eine reduzierte

Anhebung auf nur 55 v.H., wohl wissend, dass dies den „Abstands-„Puffer“ zur ominösen 5 %-Hürde mit rd. 7-8 Mio € nur noch einstellig hätte werden lassen.

Kann man ja so machen. (Wir hätten am liebsten gar keine Anhebung vertreten müssen).

Kann man aber nicht so machen, wenn man sich knapp 1 Jahr nach der Etatdebatte zum Haushalt 2014 so zitieren lassen muss (12.12.2013) – übrigens mit dem Eingangssatz Ihrer Etatrede! -

*„Die Grüne Fraktion wird dem Haushalt in diesem Jahr nicht zustimmen!
Der Haushaltsansatz ist ... nur gut 8 Mio € von der magischen 5 %-Grenze entfernt.
Das heißt: Wir stehen kurz vor dem Abgrund!“*

Und weiter:

„Auch im letzten Jahr betrug der Abstand zur 5 %-Grenze im Haushaltsentwurf nur 5 Mio €. Und nur durch die von uns geforderte Anhebung der Gewerbesteuer ist es gelungen, diesen Abstand auf 29,5 Mio € zu vergrößern. Das war ein maßgeblicher und notwendiger Schritt, um den Haushalt für das gesamte Jahr 2013 zu sichern.“

Wie gesagt, kann man so sehen, kann man so machen.

Was man nicht machen sollte:

Heute dieses und morgen das zu sagen. Fragen dieser Art kann man kategorisch betrachten – zugestanden. Sollte man aber nicht nach jeweils passender politischer Opportunität entscheiden. Kostet Glaubwürdigkeit!

Was man nur mit hohem Erklärungsbedarf machen kann:

Gerade heute das von anderen Fraktionen ausdrücklich und freiwillig eingeräumte Vorschlagsrecht für einen Sitz im Verwaltungsvorstand in Anspruch nehmen, also „mitregieren“ wollen, Verantwortung für den Haushalt aber einmal mehr ablehnen.

Was man zumindest mit uns gar nicht machen kann:

- Auf der einen Seite (s.o.) den Puffer zur HSK-Grenze um 3 – 4 Mio € „publikumswirksam“ runterfahren
- Gleichzeitig dem in letzten Jahren extrem risikobehafteten, geradezu „unberechenbaren“ Jugendbereich und dessen neuer Dezernentin für 2015 zum Amtsantritt einen 10 Mio € „Blanko-Scheck“ als Budget-Erhöhung zuzuschieben (Etat-Antrag im KJF).

Wenn irgendwer in *Dortmund* je wirklich und leider nachhaltig „überrascht“ hat, dann war das dieser von Ihrer Dezernentin geführte Jugendbereich – mit jahrelang teilweise explodierenden, zweistelligen Mio-Beträgen an Mehrbedarfen!

Und das, ohne dass die immer angeführten Fallzahl-Steigerungen dies tatsächlich hätten begründen können. Und jetzt einen 10-Mio-€-Blanko-Scheck?

Die Prozesse dort wurden inzwischen mühevoll geordnet, eine kostenreduzierende Aufwandssteuerung funktioniert dort nach wie vor noch nicht. Das ist allerdings bei einem Aufwandsvolumen von rd. 280 Mio € von hoher Bedeutung. Im Interesse einer deutlichen weiteren Optimierung muss „Druck auf dem Kessel“ bleiben, freihändig gewährte Budgeterhöhungen verbieten sich da.

Da wartet noch eine große Aufgabe auf Frau S.

Bei allem Respekt:

Mal so locker eine 10 Mio € - „Morgengabe“ an die neue Dezernentin verteilen, kompensatorisch sparen u.a. dann mit ein paar 100.000 € - Beträgen bei Ihren inzwischen offenbar liebgewordenen „Klassikern“ Weihnachtsbaum, Ruhrhochdeutsch und Betriebskantine – nicht verhandlungsfähig - da scheint doch der Kompass ein wenig verloren gegangen zu sein!
Und der muss nicht zwangsläufig „nordwärts“ zeigen ...

Bei unserem Vorschlag zu großformatigem Umsteuern hätten wir Sie gern mit „im Boot“, der mehrjährige Prozess wird schwer genug, breite Mehrheiten wären da gut! Unser Konzept haben wir Ihnen vorgestellt – Sie sind nach wie vor dazu eingeladen, diesem Mehrjahres-Programm zur Konsolidierung der Stadtfinanzen – 60 Mio € in 4 Jahren auf der Aufwandsseite – beizutreten.
Unsere Vorstellungen in Sachen Personal & Organisation liegen da ja nahe bei einander.

Noch mal zum Thema Haushaltssicherung – wir unterschätzen die Situation nicht! Die Haushaltssituation Dortmunds ist – im Vergleich zu anderen Städten im Ruhrgebiet - nicht dramatisch. Sie ist allerdings bedrohlich und erfordert energisches Umsteuern.

Bei kritischer Betrachtung dieses Etatentwurfs ist festzustellen, dass sich die finanziell angespannte Lage fortsetzt.

- Der Jahresfehlbedarf bleibt mit 74,5 Mio € auf der Höhe des Vorjahres (74,6; 2013: 70,8; 2012: 36,6 Mio €) trotz verbesserter Ertragslage.
- Der Gang in die Haushaltssicherung kann erneut nur durch eine schmerzhafteste Steuererhöhung abgewendet werden.
- Die kurzfristige Verschuldung steigt lt. Planung weiter um rd. 5 % auf 1,54 Mrd. €, während die langfristigen Investitionskredite um 2,1 % auf gut 750 Mio € sinken. Somit setzt sich die Verschiebung von lang- auf kurzfristige Verschuldung fort – das Zinsänderungs-Risiko nimmt weiter zu!
- Trotz historisch niedrigster Zinssätze steigt die Haushaltsbelastung aus Kreditzinsen weiter an (2014: 55,4 Mio €; 2015: 58,6 Mio €)
- Den weiteren Anstieg der Sozialausgaben um 2,7 % von 256 auf 263 Mio € übersehen wir nicht
- Die Kosten der inneren Verwaltung hingegen steigen um 5,2 % von 270 auf nunmehr 284 Mio € ebenfalls erneut!
- Unverändert gute Konjunktur, vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit, niedrigste Zinsen und nahezu null Inflation – dem Dortmunder Haushalt helfen primär externe Faktoren – die sind auf Dauer nicht verlässlich!

Die Schiefelage des Dortmunder Haushalts ist also nicht nur eine Frage der steigenden Soziallasten, sondern auch begründet in dem ungebremst weiter stark steigenden Verwaltungs- und Personalaufwand!

Setzt man dagegen die Betrachtung der Entwicklung der Ertragsseite, so zeigen sich in nahezu allen relevanten Parametern seit Jahren kontinuierlich ansteigende Erträge

und Zuweisungen, auch die Prognosen der Kämmerei weisen für die Folgejahre in diese Richtung.

- Nach Einbrüchen der letzten Jahre erreicht der Brutto-Gewerbsteuerertrag (> 300 Mio €) aktuell wieder den Stand der besseren Jahre (2008)
- Die Einkommensteuererträge legen weiter zu
- Die Schlüsselzuweisungen des Landes liegen zwar unter ursprünglicher Erwartung, steigen aber gegenüber 2013 um immerhin 47 Mio € auf nunmehr über 500 Mio €
- Nicht zuletzt belegt die aktuell von Frau Zoerner vorgelegte Aufstellung der in Dortmund eingehenden Entlastungszahlungen des Bundes im Sozialbereich eine Verzehnfachung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (2010: 6,1 Mio €; 2014: 64,5 Mio €) sowie kontinuierlich anwachsende Zahlungen im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende (KdU) – Kosten der Unterkunft und Heizung (2010: 42,1 Mio €; Plan 2015: rd. 55 Mio €)
- Von 2010 – 2015 (Plan) legt die Ertragsseite allein bei Steuern und Schlüsselzuweisungen um exakt 200 Mio € zu !
- Die Sozialaufwendungen steigen im gleichen Zeitraum um 86 Mio €

Unsere Auffassung, dass die Probleme des Dortmunder Haushalts weniger auf der Ertrags- als vielmehr auf der Aufwandsseite liegen, hat der Regierungspräsident in seinen Schreiben zur Genehmigung der Etats der letzten Jahre mehr als einmal gestützt.

Unter Verweis auf die Notwendigkeit einer Beschränkung der Aufwendungen schreibt er 2014 u.a.:

„Die Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen je Einwohner sind höher als in den meisten anderen kreisfreien Städten in NRW“.

Und er fügt mahnend an:

„In den letzten Jahren sind trotz aller bekundeten Sparbemühungen die Personalaufwendungen erheblich gestiegen. ... Bisher hat es die Stadt Dortmund nicht geschafft, die Personalaufwendungen über einen Zeitraum von vier Jahren annähernd konstant zu halten“.

Im Moment ist hier eine Trendumkehr leider kaum absehbar: Es erfolgt zur Zeit ein Personalaufbau im Bereich der Kindertageseinrichtungen, bei der Feuerwehr, im Schulbereich (Inklusion) und bei den Themen der Flüchtlingsunterbringung und –betreuung.

Die sich ab 2016/17 abzeichnende Phase erhöhter Übergänge von Mitarbeitern in Pension und Rente bietet sich in besonderem Maße an für einen sozialverträglichen Umbau, für eine Verschlankung der städtischen Verwaltung. Auch die Digitalisierung der Verwaltungskommunikation und –aufgabenerledigung insgesamt kann dabei helfen.

Eine darauf basierende Verbesserung des Haushalts wird allerdings davon abhängen, dass zwischenzeitlich von Bundes- und Landespolitik nicht weitere Ausbauverpflichtungen oktroyiert werden bzw. endlich eine angemessene, auskömmliche Vergütung der beauftragten kommunalen Aufgabenerledigung erfolgt.

Die bilanziellen „Gestaltungsmöglichkeiten“ scheinen ausgereizt in den letzten Jahren. Die in vergangenen Jahren wie auch aktuell wieder vorgenommenen Ausgabenreduzierungen und Ertragssteigerungen konnten erneut die – auch im Sozialbereich - stetig gestiegenen Aufwände nicht kompensieren. Das bisherige „Aufgabenkritik-Verfahren“ hat nur begrenzte Wirkung entfalten können. Das Konzept „Kollegen fragen Kollegen“ ist vielleicht auch nur begrenzt tragfähig – interkommunaler Vergleich und partiell externer Rat sollten die anstehenden Prozesse der Zukunft mit belastbaren Vergleichsgrößen und Steuerungskennzahlen unterstützen.

Auch ist es bisher nur begrenzt gelungen, großformatige strukturelle Veränderungsprozesse im nötigen Umfang anzustoßen.

An weiteren „Sparrunden“, Aufwandsreduktionen und Budgetkürzungen führt absehbar kein Weg vorbei!

Vor allem aber wird es jetzt gehen müssen an die genaue Erfassung, Reflexion und Reduktion der städtischen Produktpalette.

All dies sind keine neuen Themen.

Es scheint sich aktuell aber bei maßgeblichen Akteuren der Dortmunder Politik und Verwaltung der Wille und die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Modernisierung und Verschlinkung der Organisation und ihrer Prozesse, die Restrukturierung der Produktpalette und die Kontrolle ihrer Wirkung, Kostenrechnung und betriebswirtschaftliche Führung, Kooperation und durch interkommunalen Vergleich optimierte Steuerung nunmehr systematischer, konsequenter und deutlich energischer angegangen werden müssen.

Die heute zum Abschluss kommenden Haushaltsberatungen nähren bei uns die Hoffnung und Erwartung, dass in der Perspektive der kommenden Jahre in einer Art „Verantwortungsgemeinschaft“ von Politik und Verwaltung alle Anstrengungen unternommen werden, damit Schluss gemacht werden kann

- mit der stetig anwachsenden Steuer- und Abgabenbelastung der Dortmunder Bürger
- mit dem fortlaufenden Substanzverzehr durch jährlichen Abbau der allgemeinen Rücklage
- mit dem stetig weiter steigenden Schuldenaufbau.

Es muss uns allen klar sein: Lebten wir noch in der Zeit kameraler Haushaltsführung – Dortmund wäre mit seinen Defiziten der letzten Jahre längst in der ganzjährigen vorläufigen Haushaltsführung, dem sog. „Nothaushalt“!

Die CDU-Fraktion wird trotz aktueller und seit Jahren kritischer Hinweise und Anmerkungen einmal mehr Verantwortung übernehmen für die städtischen Finanzen.
Wir werden diesem Haushaltsplan unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss verabschiedeten Änderungen und Begleit-Beschlüsse zustimmen!

Ausschlaggebend dafür sind nach intensiver Beratung & Abwägung folgende Gründe:

- die im Konsens erfolgte, (noch so eben) maßvolle Eingrenzung der Anhebung der Grundsteuern
- der Erhalt eines zukunftsgerichteten, demographiefesten Ausbildungs-Engagements der Verwaltung
- der Erhalt einer (sicher noch ausbaufähigen) Präsenz der Ordnungspartnerschaften im Stadtgebiet
- die Verlässlichkeit & Stabilität eines angemessen hohen Investitionsgeschehens in unserer Stadt (incl. übertragener „Rest-“ und eingeworbener Drittmittel rd. 220 Mio €/a)
- Erfolgte „Personal-Inventur“ & eine endlich belastbar aussagekräftige Stellenplan-Systematik (in Folge entsprechender CDU-Initiative)
- Stabilität auskömmlicher Finanzierung der Stadtbezirks-Aktivitäten trotz vertretbarer struktureller Einschnitte
- Fortführung der Finanzierung des sozialen Aufenthalts- & Beratungsangebotes / Projekts „Cafe Berta“ in der Nordstadt
- Erhalt des ökologisch & vor allem beschäftigungspolitisch wertvollen Energiespar-Services der Caritas
- Der endlich erfolgte Einstieg in von der CDU angestoßene „großformatigere“ Transformations-Projekte der Verwaltung mit leistungs- und qualitätsverbessernden Auswirkungen für die Dortmunder Bürger
 - Gründung des EB „Abwasser“ mit deutlich höherer Re-Investition der bei den Bürgern „eingesammelten“ Gebühren
 - Kooperationsprojekt mit EDG / Betriebshofkonzept
- Zentral und ausschlaggebend:
Die Zustimmung zu unserer Antragsinitiative eines mittelfristig angelegten, „großformatigen“ Etat-Konsolidierungs-Programms von 60 Mio € mit der Perspektive eines ausgeglichenen Haushalts 2018 und dem Eintritt in die Entschuldung ab 2019
- Unabdingbare Voraussetzung dabei: Der uneingeschränkte Beitritt des Oberbürgermeisters wie auch des Kämmerers / Personal- und Organisationsdezernenten zu diesem „Zukunftspakt“ / Nachhaltigkeits-Programm o.ä. für die Stadt-Finanzen.

Der ist erfolgt. Das zwischen den Fraktionen CDU, SPD & OB ausgehandelte „Memorandum“ ist allen Fraktionen und der Öffentlichkeit inzwischen zugegangen. Wichtig dabei insbesondere:

Das Papier enthält die ausdrückliche, ernstgemeinte Einladung an alle Fraktionen, mitzumachen in diesem sicher nicht einfachen Prozess! Es wird „knirschen“ dabei, im Verlauf!

Das ist keine exklusive Veranstaltung!

Sie appelliert vielmehr an alle Beteiligten – Fraktionen, Dezernate, Mitarbeiter, Personalvertretung, Ehrenamt, (Kommunal-) Wirtschaft und Partner der Öffentlichkeit, aktiv mitzuwirken an einer dauerhaft zukunftsfähigen, nachhaltigen Finanzpolitik unserer Stadt!

Wir räumen ein:

Der Vorschlag ist ein bislang noch ungedeckter „Scheck“ auf die Zukunft.

Aber: Er markiert einen Erfolg versprechenden Weg – den Weg eines im politischen Diskurs mit der Verwaltung erarbeiteten und im besten Falle im Konsens vereinbarten Konsolidierungskurses in Richtung

- weiterhin genehmigungsfähiger städtischer Haushalte
- dauerhafter finanzieller / haushaltspolitischer Autonomie
- Begrenzung der Abgabenlast der Bürger
- Modernisierung der Verwaltung mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
- Effizienten Mitteleinsatzes und guten Leistungen für die Dortmunder Bürger
- Entschuldung ab 2019
- Raus aus der Politik ständiger „Notoperationen“, hin zu nachhaltiger, struktureller Konsolidierung
- Schuldenabbau
- Strukturelle, somit nachhaltige Aufwands-Reduzierung/gemeinsam Arbeit „aus dem System bringen“
- Erwirtschaftung von Investitions-Spielräumen für die Qualität des Lebens, in den Lebensanspruch und die städtebauliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Stadt.

Die CDU-Fraktion ist überzeugt:

Die Voraussetzungen eines Gelingens des Vorhabens, die Werkzeuge, Instrumentarien und das Rüstzeug in der Verwaltung sind vorhanden, die Ziele richtig!

Auch der Zeitpunkt des Starts ist zu Anfang einer 6-jährigen Wahlperiode richtig gewählt!

Ziele und Organisationsform des Projekts sind in den Anträgen und dem „Memorandum“ hinreichend beschrieben, zum Schluss noch ein paar Hinweise auf die mittlerweile mehr als passablen Voraussetzungen, ein solches Vorhaben mit Erfolgsaussichten anzugehen:

- Gegenüber der Ära Langemeyer / Uthemann deutlich qualifizierte/verbesserte Finanzsteuerungs-Instrumente (Management-Berichte / Quartal!)
- eingeschlossen: Funktionierendes Risiko-Management-System
- Verbesserte Controlling-Verfahren
- Deutlich verbesserte Prognose-Verfahren und – ergebnisse
- Rd. 17 % Personal-Fluktuation – 2020 → Spielraum für sozialverträgliche Optimierung!
- Implementiert:
 - deutlich verbessertes Stellenplan-Verfahren
 - deutlich verbesserte (s) Investitions-Planung / Investitions-Controlling (Kostensicherheit)
 - Immobilien – Monitoring
 - Qualifizierung der Personal-Management-Verfahren
 - Ansätze wirkungsorientierter Haushalts-Steuerung
- Dringend ausbaufähig:
 - Interkommunale „best practice“-Vergleiche
 - Zeitreihen-Vergleiche

Liebe Kolleginnen & Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

einen Vorgang dieser Art, die Idee & das Projekt eines langfristig angelegten „Zukunfts-Pakts“, oder auch „Nachhaltigkeits-Programms“ für die Konsolidierung der Stadt-Finanzen, konzipiert als Begründung einer mehrjährig tragfähigen **Verantwortungs-Gemeinschaft** von Verwaltung, Politik, Ehrenamt, städtischem Personal und Akteuren der Stadt-Gesellschaft, hat es in dieser angedachten Formation bislang in der Geschichte Dortmunds noch nicht gegeben.

Gut wäre es, Sie wären dabei und würden die speziell im Text des Memorandums ausgestreckte Hand, die Einladung zur aktiven Mitgestaltung ergreifen. Diese Mitarbeit und der konstruktive Diskurs mit allen demokratischen Kräften dieser Stadt sind willkommen und ausdrücklich erbeten.

Und bitte sehen Sie es uns nach, dass dies unsere Idee und unser Anstoß gewesen ist.

Wie in aller Regel können Sie auch dieses Mal davon ausgehen, dass die Ideen der CDU-Fraktion praktikabel, praktisch, vernünftig und erfolgreich sein werden – bitte also: Machen Sie mit!

Kommunal-Wahlkämpfe haben wir alle und unsere Bürger nun (mehr als) zur Genüge gehabt. In 5 Jahren geht's damit weiter. Die Zwischenzeit sollten wir nutzen, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen. Das wird schwierig genug, dabei wird jede Hand und jeder Kopf gebraucht.

Packen wir das an, gemeinsam! Gehen wir gemeinsam an die Arbeit!

Wir jedenfalls werden das nicht tun, ohne zuvor der gesamten Verwaltung und speziell der Finanzverwaltung / der Kämmerei unseren Respekt, unsere Anerkennung und unseren Dank auszusprechen für die geleistete Arbeit, die in diesem Jahr einmal mehr hervorragend, präzise und gut war!

Ihnen ein herzlicher Dank für Ihre Geduld beim Zuhören!